

Wetzlar, 18. Dezember 2009

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	31/2006-2011
Datum	14.12.2009
Sitzungsbeginn	09:10
Sitzungsende	13:35
Ort	großer Sitzungssaal (A 50), Wetzlar

Teilnehmer/innen

Kreistagsvorsitzende

Müller, Elisabeth

Mitglied der CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike
Bastian, Klaus
Bender, Matthias
Budde, Heiko
Dr. Eckert, Peter
Dr. Figge, Kurt
Dr. Frey, Dirk
Fünfsinn-Droß, Anja
Hackbusch, Dietrich
Horne, Eberhard
Hund, Helmut
Hüsken, Wilfried
Irmer, Hans-Jürgen
Kegel, Anja
Klier, Reinhard
Knöpp, Sascha
Kraemer, Rabea
Kreck, Matthias Gerhard
Dr. Lenzen, Jürgen
Löw, Franz-Ludwig
Müller, Hartmut
Müller, Jörg Michael
Petersen, Nicole
Reif, Clemens

Schönwetter, Tim
Dr. Silbe, Katja
Steinraths, Frank
Steinruck, Dieter
Würz, Elke

Mitglied der SPD-Fraktion

Aurand, Stephan
Bangert, Armin
Beimborn, Regina
Benner, Hans
Bergfeld, Heinz
Betz, Karin
Dommert, Ulrich
Drill, Frank
Egler, Beatrix
Engel, Jürgen
Förster, Eckehard
Froneberg, Walter
Gabert, Nicole
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Hartmann, Anke
Harz-Bornwasser, Rüdiger
Hensgen, Christel
Janssen, Paul-Wilhelm
Jung, Ursula
Lotz, Erika
Metz, Helmut
Mörchen, Christine
Ratz, Gunter
Rauber, Heinz
Rußmann, Klaus
Schmidt, Ingrid
Schmidt, Sigrun

Mitglied der FWG-Fraktion

Blöcher, Dieter
Esch, Roland
Euler, Horst
Fuchs, Hans-Werner
Jeschke, Ralf
Ludwig, Jörg
Schmidt, Karin
Dr. Valet, Axel

Mitglied der Fraktion B90/Die Grünen

Dr. Bernauer-Münz, Heidi
Letzel, Knut
Öztürk, Mürvet
Schreiber, Heinz
Tacke, Krimhild

Mitglied der FDP-Fraktion

Franz, Brunhilde
Kornmann, Sigrid
Schmidt, Joachim

Mitglied der NPD

Linke, Lutz
Palm, Ludwig

Mitglied der REP

Stein, Dominik

Mitglied der Freien Union

Sattler, Hans-Udo

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Hofmann, Wolfgang

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Wegricht, Roland

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Anschütz, Hans-Günter
Droß, Steffen
Hugo, Klaus
Jackel, Hans-Günter
Kaufmann-Ohl, Günther
Landau, Ursula
Luh, Edgar
Schneider, Karl-Heinz
Schüler, Karl-Heinz
Spamer, Eberhard
Spieß, Udo
Weber, Bernd
Werner, Wilhelm

Schriftführer

Grygar, Norbert

Stellv. Schriftführerin

Biehl-Schneider, Marina

Von der Verwaltung

Granzer, Ulrike
Kröckel, Dieter
Reitz, Friedhelm
Wagner, Manfred

es fehlt entschuldigt

Beer, Alexander, CDU
Hilk, Helene, Kreisbeigeordnete, SPD
Schweitzer, Martin, FWG
Tegel, Adolf, Die Tierschutzpartei

Tagesordnung

TOP 1

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

TOP 2

Fragestunde

TOP 3

Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007 ;
hier: Aufstellung, Beschlussfassung und Entlastung des Kreisausschusses;
Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen
Drucksache 290/2009

TOP 4

Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 ;
hier: Anhörung der Städte und Gemeinden
Drucksache 315/2009

TOP 5

Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2010 mit Investitionsprogramm sowie Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises;

1. Kenntnisnahme, Beratung und Beschlussfassung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Abfallwirtschaft Lahn-Dill (AWLD), Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung und Besucherbergwerk "Grube Fortuna" für das Wirtschaftsjahr 2010
2. Feststellung, Beratung und Beschlussfassung des Entwurfs des Investitionsprogramms des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2009 bis 2013
3. Feststellung, Beratung und Beschlussfassung des Entwurfs der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2010 mit Haushaltsplan
4. Feststellung, Beratung und Beschlussfassung des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzepts - Fortschreibung 2010

Drucksache 281/2009

TOP 6

Interkommunale Zusammenarbeit im ÖPNV;
Neuorganisation im Lahn-Dill-Kreis in Kooperation mit dem Landkreis Limburg-Weilburg
Drucksache 309/2009

TOP 7

Abschaffung der Jagdsteuer;
Antrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2009
Drucksache 228/2009

TOP 8

"Masterplan Bildung 2010 - 2020",
Antrag der CDU-Fraktion vom 07.08.2009
Drucksache 197/2009

TOP 9

SGB II - Optionskommune;
gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, FWG und B90/'Die Grünen vom 22.11.2009
Drucksache 314/2009

Vorsitzende Müller eröffnet die 31. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, Ersten Kreisbeigeordneten Hofmann, Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Roland Wegracht, Kreisbeigeordneten Günther Kaufmann-Ohl und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt sie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer.

Vorsitzende Müller stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zu der Sitzung wurde mit Schreiben vom 25. November 2009 form- und fristgerecht eingeladen. Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 mit dem Haushaltssicherungskonzept sowie der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises mit der dazugehörigen Vorlage (Drucksache 281/2009) ist in der letzten Sitzung des Kreistages verteilt worden. Im Nachgang zur Einladung wurde die Drucksache 315/2009 (zu TOP 4) sowie die Stellungnahme der Stadt Wetzlar zum Haushaltsplanentwurf 2010 und der Antrag des Landrates zum Haushaltsplan 2010 mit Schreiben vom 03. Dezember 2009 versandt. Am 08. Dezember 2009 wurden die bis dato vorliegenden Anträge zum Haushalt nachgeschickt.

Die amtliche Bekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet und der Dill-Zeitung erfolgte am 10. Dezember 2009.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 02. Dezember 2009 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Im Ältestenrat ist einvernehmlich vereinbart worden, die Tagesordnungspunkte 7 und 8 (Abschaffung der Jagdsteuer sowie Masterplan Bildung 2010 – 2020) heute nicht zu beraten und im Geschäftsgang zu belassen. Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht, so dass diese als genehmigt gilt.

Zu TOP 1

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Kreisausschusses (siehe Anlage Nummer 1)

Anmerkung: Die Mitteilungen des Landrates werden von Ersten Kreisbeigeordneten Hofmann vorgetragen.

Mitteilungen der Kreistagsvorsitzenden:

Vor der 1. Kreistagssitzung im neuen Jahr wird, wie in den letzten Jahren üblich, um 8:30 Uhr eine Kurzandacht angeboten. Dafür konnte Probst Karg aus Herborn von der evangelischen Kirche Hessen-Nassau gewonnen werden. Die Sitzung des Ältestenrates beginnt daher schon um 8:00 Uhr.

Zu TOP 2
Fragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

Zu TOP 3
Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007 ;
hier: Aufstellung, Beschlussfassung und Entlastung des Kreisausschusses;
Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen
Drucksache 290/2009

Abgeordneter Hartmut Müller (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses. Insbesondere hat sich der Ausschuss mit den Seiten 66 ff. des Berichtes befasst. Der Ausschuss empfiehlt zu den einzelnen abzustimmen Punkten mehrheitlich die Annahme der Vorlage.

Landrat Schuster (SPD) erläutert wesentliche Faktoren des Jahresabschlusses 2007. So ist das negative Kapital deutlich durch die Aktivierung der Sparkassenanteile gesunken. Auch der Haushaltsfehlbetrag konnte von rund 23 Mio. auf 14 Mio. € gesenkt werden. Ferner sind überplanmäßige Aufwendungen zu beschließen. Hierbei handelt es sich um Pflichtleistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Eine Gegendeckung hierfür ist durch nicht verausgabte Transferleistungen der Abteilung 41 vorhanden. Der Bericht enthält auch Handlungsaufträge, worauf er näher eingeht.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen lässt **Vorsitzende Müller** getrennt über Ziffer 2.1, 2.3 und 2.4 der Drucksache 290/2009, die folgenden Wortlaut hat, abstimmen.

2.1 Der Kreistag beschließt gem. § 114u Abs. 1 HGO i. V. m. § 52 Abs. 1 HKO den vom Kreisausschuss aufgestellten und als Anlage 1 - Teil 1 - beigefügten Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises zum 31. Dezember 2007.

2.2 Der Kreisausschusstag nimmt davon Kenntnis, dass von den Haushaltsermächtigungen des Haushaltsjahres 2007 und der Vorjahre in das folgende Haushaltsjahr vorgetragen werden:

	€
a) als Planvorträge im Ergebnishaushalt (Teil-Haushalte)	446.870,00
b) als Planvortrag aus dem Ergebnishaushalt in den Finanzhaushalt (Invest.-Programm)	295.738,00
c) als Budgetreste aus dem Finanzhaushalt (Investitionsprogramm)	19.267.597,84

2.3 Der Kreistag beschließt gem. § 114g Abs. 1 HGO in Verbindung mit § 52 Abs. 1 HKO die Leistung überplanmäßiger Aufwendungen im Teilhaushalt der Produktgruppe 32 (Kinder- und Jugendhilfe) in Höhe von 877.617,28 €.

2.4 Dem Kreisausschuss wird gem. § 114u Abs. 1 HGO i. V. m. § 52 Abs. 1 HKO für das Haushaltsjahr 2007 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis **Ziffer 2.1:**

41 Ja-Stimmen (28 SPD, 8 FWG, 5 B90/Die Grünen)
30 Nein-Stimmen (CDU)
7 Stimmenthaltungen (3 FDP, 2 NPD, 1 FU, 1 REP)

Zur **Ziffer 2.2** bemerkt **Vorsitzende Müller**, dass es im Beschlussvorschlag richtig heißen muss „der Kreistag“ (nicht der Kreisausschuss) nimmt davon Kenntnis.....

Sie stellt fest, dass über diese Ziffer nicht abzustimmen ist und der Kreistag die dort genannten Beträge zur Kenntnis genommen hat.

Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Abstimmungsergebnis **Ziffer 2.3:**

47 Ja-Stimmen (28 SPD, 8 B90/Die Grünen, 5 FWG, 3 FDP, 2 NPD, 1 REP)
0 Nein-Stimmen
31 Stimmenthaltungen (30 CDU, 1 FU)

Abstimmungsergebnis **Ziffer 2.4:**

41 Ja-Stimmen (28 SPD, 8 FWG, 5 B90/Die Grünen)
30 Nein-Stimmen (CDU)
7 Stimmenthaltungen (3 FDP, 2 NPD, 1 FU, 1 REP)

Zu TOP 4

Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 ;
hier: Anhörung der Städte und Gemeinden
Drucksache 315/2009

Vorsitzende Müller macht deutlich, dass die Stellungnahme der Stadt Wetzlar verspätet eingegangen ist und nachversandt wurde, ohne dass diese Gegenstand der Drucksache 315/2009 ist.

Abgeordneter Hartmut Müller (CDU) berichtet, dass es im Ausschuss eine lange Diskussion, insbesondere über die Stellungnahme der Stadt Wetzlar, gegeben hat. Die Argumente der Stadt Wetzlar sind nach Auffassung des Ausschusses nicht haltbar. Seitens der Stadt Wetzlar ist man von falschen Voraussetzungen ausgegangen.

Ohne weitere Aussprache nimmt der Kreistag die Drucksache 315/2009 zur Kenntnis.

Zu TOP 5

Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2010 mit Investitionsprogramm sowie Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises;

1. Kenntnisnahme, Beratung und Beschlussfassung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Abfallwirtschaft Lahn-Dill (AWLD), Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung und Besucherbergwerk "Grube Fortuna" für das Wirtschaftsjahr 2010
2. Feststellung, Beratung und Beschlussfassung des Entwurfs des Investitionsprogramms des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2009 bis 2013
3. Feststellung, Beratung und Beschlussfassung des Entwurfs der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2010 mit Haushaltsplan
4. Feststellung, Beratung und Beschlussfassung des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzepts - Fortschreibung 2010

Drucksache 281/2009

Vorsitzende Müller verweist auf die vorliegende Auflistung der Änderungsanträge zum Haushalt und zum Haushaltskonsolidierungskonzept. Darin nicht enthalten ist der heute eingegangene Änderungsantrag der FDP, der als Tischvorlage verteilt wurde.

Abgeordneter Hartmut Müller (CDU) führt aus, dass sich der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss sehr eingehend mit dem Haushaltsentwurf 2010 befasst hat. Bei den Änderungen im Antrag des Landrates ging es im Wesentlichen darum, dass Finanzausweisungen ausschlaggebend für den Antrag waren. Die Anträge der Regierungskoalition sind in die Aufstellung der Kämmerei mit eingeflossen und haben Auswirkungen auf den Haushalt. Darüber hinaus gab es Anträge zur Haushaltskonsolidierung. Teilweise gab es Bedenken, ob ohne Angabe von genau bezifferbaren Beträgen diese Anträge als Anträge zum Haushaltskonsolidierungskonzept gewertet werden können. Interessant waren die Hebesätze, die er nochmals betont. Mehrheitlich empfiehlt der Ausschuss der Haushaltssatzung zuzustimmen.

Da die weiteren Ausschussvorsitzenden auf Befragen auf ihren Bericht verzichten, eröffnet **Vorsitzende Müller** die Haushaltsdebatte.

Fraktionsvorsitzender Ludwig (FWG) erklärt für die Koalitionsfraktionen, dass sie unter Nummer 3 der Auflistung genannten Anträge (Verfügunsmittel und Förderung der Fraktionsarbeit) zurückgezogen werden. Diese Anträge sollen nach altem Brauch im Ältestenrat beraten werden. Wenn man sich den Haushalt anschaut, ist man sprachlos. Die dort aufgeführten Zahlen sind als historisch zu bezeichnen. Vor einigen Jahren hätte niemand geglaubt, dass man einen Haushalt mit 37 Millionen € Defizit und einen Investitionsstau von rund 400 Mio. € im Schulbereich beschließen würde. Dabei ist es nur ein schwacher Trost, dass die Situation beim Bund und in den Ländern nicht viel besser ist. Für ihn überraschend ist, dass man im Bund darauf mit Steuersenkungen reagiert. Er verweist auf eine Untersuchung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes über die Verwaltungskostenanteile. Danach liegt

Hessen, vereinfacht ausgedrückt, an der Spitze, was die Verwaltungskosten anbelangt. Er dankt der Verwaltung für die zeitnahe Vorlage des Haushaltsplanentwurfes. Für seine Fraktion war ein wichtiger Beschluss die Begrenzung der Kreis- und Schulumlage. Dies ist eine der Voraussetzungen, warum seine Fraktion dem Haushalt zustimmen kann. Er erinnert an die Vorgabe an die Verwaltung zur Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes und eines Energiekonzeptes, worauf er näher eingeht. Was den heute eingegangenen Antrag der FDP anbelangt, muss man sich vorstellen, was das heißt. Solch ein Schnellschuss im Rahmen der Haushaltsberatungen ist aus Sicht seiner Fraktion nicht zielführend. Er begründet dies kurz. Seine Fraktion wird dem Haushaltsplan und dem Konsolidierungskonzept zustimmen.

Abgeordneter Schmidt (FDP) nimmt Bezug auf den heute vorgelegten Antrag seiner Fraktion. Wenn man die Begründung aufmerksam gelesen hätte, hätte man feststellen können, dass man dieses Thema bereits seit dem Jahre 2002 vor sich her trägt. Nachzuvollziehen, was sich an Änderungen im neuen Haushalt ergeben hat, wird immer schwieriger was auf die verstärkte Ausprägung der Kosten-Leistungsrechnung zurückzuführen ist. Er geht darauf näher ein. Im Zentrum der Überlegungen seiner Fraktion stand in der Vergangenheit immer, wie es gelingt, die Kreisfinanzen zukünftig so zu organisieren, dass auch zukünftige Politikergenerationen noch Gestaltungsspielräume haben. In diesem Sinne sind seit 2002 von seiner Fraktion immer wieder Vorschläge unterbreitet worden, die die Konsolidierung des Kreishaushaltes zum Ziel hatten. Anhand von Beispielen macht er dies deutlich. Die Umsetzung einiger beschlossener Anträge lässt bis heute auf sich warten, was für ihn ein Beweis dafür ist, dass Haushaltskonsolidierung nicht wirklich ein Anliegen der Kreisregierung ist. In diesem Zusammenhang erinnert er an das Szenario des diesjährigen Beitrittsbeschlusses. Unbestritten ist, dass der Haushaltsentwurf im Wesentlichen von Faktoren bestimmt wird, auf die der Lahn-Dill-Kreis keinen Einfluss hat. Unbestritten ist auch, dass die Finanzausstattung der Kommunen, gemessen an den Aufgaben, nicht auskömmlich ist. Es muss auch festgestellt werden, dass das Konjunkturprogramm die Finanzen des Kreises in den kommenden Jahren belasten wird. Diese Situation darf allerdings nicht als Erklärung dafür herhalten, dass Konsolidierung unmöglich ist und von daher keine Anstrengungen unternommen werden. Den vorhandenen und kommenden Schuldenberg aus eigener Kraft zu meistern, wird nicht gelingen. Uns und den nach kommenden Generationen ist man schuldig, den Teil, den man leisten kann, anzugehen. Diesbezüglich hat der Lahn-Dill-Kreis eine Vorbildfunktion für die Städte und Gemeinden. Haushaltskonsolidierung ist ein Beitrag zur Zukunftssicherung und muss daher angegangen werden. Hätte man in den Jahren, in denen es dem Kreis besser ging, Rücklagen gebildet, sähe die Situation anders aus. Bei ernsthaften Bemühungen gebe es Wege, einen eigenen Beitrag zur Konsolidierung zu realisieren. Anhand eines Beispiels der Neuschaffung von Stellen zur Umsetzung des Konjunkturprogramms macht er dies deutlich. Auch dürfen Pflichtaufgaben nicht für jegliche Überlegungen tabu sein. Mit Blick auf die demographische Entwicklung sollte der Kreis so vermarktet werden, dass sowohl Firmen, wie auch künftige Mitarbeiter, die Attraktivität der heimischen Region erkennen und hier investieren und arbeiten. Vor diesem Hintergrund muss auch ein kritischer Blick auf den Internetauftritt des Kreises geworfen werden. Wenn man über Standsicherheit und Brandschutz in Schulen und über die notwendigen Investitionen redet, muss man sich auch über die Qualität Gedanken machen. Das heißt, unter Umständen weniger Schulen mit einer besseren Qualität der Gebäude und an Ausstattung. Diese Diskussion wird vermieden und jeder Widerstand wird zum Anlass genommen, gemeinsam aufgestellte Grundsätze über Bord zu werfen. Er geht darauf näher ein. Was die Investitionen für Schulgebäude anbelangt hält er es für dringend notwendig, über den aktuellen Zeitraum des Schulentwicklungsplanes hinaus zu denken. Blick auf die Schadensbilanz muss genau geprüft werden, an welche Stelle man welche Investition vornimmt. Die Konsolidierungsbeiträge der kommenden Jahre sind im Vergleich zum Volumen des Haushaltes verschwindend gering, was er näher erläutert. Wenn die Kommunen des Kreises mit der gleichen Nachlässigkeit an die Konsolidierung gehen, würde die Kommunalaufsicht intervenieren und eine ernsthafte Diskussion erzwingen. Da es unmöglich ist, ohne genaue Kenntnis der inneren Verwaltungsabläufe Sparvorschläge für einzelne Positionen des Haushaltes zu unterbreiten, schlägt seine Fraktion einen anderen Weg vor. Dabei geht es nicht um

Stelleneinsparungen, sondern um intelligente Stellenbewirtschaftung. Gleiches gilt für die Sachmittel. Gut ist, dass der Teil der Anträge zurückgezogen wurde, der sich mit der Arbeitsweise dieses Hauses befasst. Der Antrag seiner Fraktion kann eine ernsthafte Bemühung zur Haushaltskonsolidierung sein, wenn man dies so will. Wenn diesem Antrag zugestimmt wird, wird sich seine Fraktion beim Haushalt der Stimme enthalten. Sollte er abgelehnt werden, wird seine Fraktion dem Haushalt insgesamt nicht zustimmen.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) hält es für widersprüchlich, wenn die FDP zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung aufruft und auf Bundesebene den Kommunen und Landkreisen durch großzügige Steuergeschenke Einnahmen entzieht. Sie vergleicht die Verantwortung des Kreises mit der eines Hausbesitzers. Dieser hat dafür zu sorgen, dass Schäden behoben werden, dass das Haus unterhalten wird und das Geld für die Reparaturen vorhanden ist. Wenn in guten Zeiten noch etwas übrig ist, investiert der Hausbesitzer in die Zukunft, so zum Beispiel in Wärmedämmung, Solartechnik und in ein modernes Heizungssystem. Dies erspart unnötige Ausgaben für die Zukunft. Auf die Investitionen, die der Lahn-Dill-Kreis in den nächsten Jahren im Bereich der Schulbaumaßnahmen vorgesehen hat, geht sie näher ein. Sie spricht sich für die kommunale Familie aus, wobei sich der Lahn-Dill-Kreis und seine Kommunen nicht durch Steuergesetzgebungsverfahren auseinanderdividieren lassen dürfen. Dann nämlich haben die Kinder das Nachsehen. Der jetzt begonnene Weg sollte weiter gegangen werden. Von der FDP möchte man sich nicht ins Stammbuch schreiben lassen, dass die Kosten für die Schulen die Kommunen für die nächsten Jahre strangulieren. Dieser Satz wurde wortwörtlich in einer Ausschusssitzung durch einen FDP Vertreter gesagt und stellt die Wirklichkeit auf den Kopf. Dies entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn man sieht in welchem finanzpolitischen Spannungsfeld sich die hessischen Kreise bewegen müssen. Den hessischen Kommunen werden durch die Steuersenkungspläne der FDP im Jahre 2010 100 Mio. € und im Jahre 2011 170 Mio. € entzogen. Rund 1/4 der Steuergeschenke aus Berlin gehen zu Lasten der Kommunen und Landkreise. Zu den Problemen, wenn Pflichtaufgaben rücksichtslos von oben nach unten verlagert werden, macht sie weitere Ausführungen. Daher muss sich die kommunale Familie in wesentlichen Fragen, wie zum Beispiel der Schulträgerschaft, abstimmen. Ein Paradebeispiel für einen Konsens ist für sie der geplante Schulneubau auf dem Gelände der Spilburg. Auch dieses Bauvorhaben, wie auch auf andere, geht sie näher ein. In die Schulen, die demographiefest sind, muss investiert werden und sie müssen energetisch auf den neuesten Stand gebracht werden. Derartige Vorhaben werden Mehrausgaben in der Zukunft vermeiden. Dies ist auch ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Die systematischen und genauen Untersuchungsergebnisse bilden für die Zukunft eine hervorragende Grundlage für die Beratungen, wenn es um Schulinvestitionen geht. Es werden nicht mehr isolierte Einzelmaßnahmen vorgenommen, sondern Maßnahmen werden in einer Gesamtschau betrachtet. Ihre Fraktion möchte keine Absenkung von Qualitätsstandards in Schulen. Sie hält es für wichtig, dass die Schulen in Planungen mit eingebunden werden, wie dies zum Beispiel bei der Anhörung im Fachausschuss gewesen ist. Die Schullandschaft ändert sich ständig. So hat man im Bereich der Förderschulen rückläufige Schülerzahlen. Zu den Ursachen macht sie weitere Ausführungen. Die Koalitionsfraktionen haben dazu einen mutigen Antrag gestellt, nämlich die Erich-Girolstein-Schule nicht noch weiter auszubauen. Alle Schülerinnen und Schüler können in den dort vorhandenen Räumen und in der Pestalozzi-Schule, die auf dem aktuellsten Stand ist, untergebracht werden. Hierbei halten sich die Koalitionsfraktionen ganz eng an die Auflagen des Regierungspräsidenten, nicht weiteren Schulraum zu bauen, wenn genügend vorhanden ist. Auf die Ursachen, warum der Ergebnishaushalt mit fast 38 Mio. € Minus ausfällt, kommt sie in ihrem weiteren Redebeitrag zu sprechen. Dabei macht sie deutlich, dass der Stellenplan des Kreises unverändert bleibt, trotz Mehraufgaben des Kreises. Dies ist ein Lob an die Verwaltung wert. Andere hessische Landkreise haben eine ähnliche Haushaltssituation, was die finanzielle Situation der hessischen Landkreise widerspiegelt. Trotz allem ist für sie Pessimismus nicht angesagt. Realismus ist besser, was sie an mehreren positiven Beispielen, wie der Altenpflegeschule, die Förderung des Ehrenamtes und anderen deutlich macht. Dennoch gibt es viel zu tun und es wäre falsch, hier zu sparen. Die Anträge der Regierungskoalition zum

Haushaltssicherungskonzept sind solche, die den Kreis zukunftssicherer machen sollen. Ziel ist es Synergie-Effekte durch interkommunale Zusammenarbeit zu erreichen. Im Land Hessen sollten endlich die gesetzlichen Voraussetzungen für die Übertragung der Grundschulen an Kommunen geschaffen werden. Dies würde die Möglichkeit bieten, Kinder- und Familienzentren entstehen zu lassen, die hinsichtlich pädagogischer Förderung und Essensversorgung beispielgebend wären. Wenn man das hinbekäme, wäre man ein Stück weiter zum familienfreundlichen Landkreis. Der Antrag der FDP zur Kürzung von Personal- und Sachaufwendungen bedeutet eine Rasenmähermethode, die sie nicht für gut heißt. Man muss aufpassen, dass aufgrund fehlender Einnahmen und durch die Übertragung immer neue Pflichtaufgaben der Lahn-Dill-Kreis weiter standsicher bleibt. Die hohen Investitionen in die Gebäude bedeuten auch Aufträge für die Handwerkerschaft, was nicht verkannt werden darf. Wer durch haltlose Steuersenkungen oder das Wachstumsbeschleunigungsgesetz das Fundament entzieht, braucht sich nicht zu wundern, wenn die Verschuldung steigt. Wer so handelt, stellt Landkreise und Kommunen ins Abseits. Ihre Fraktion wird selbstverständlich dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) möchte von Frau Hartmann wissen, ob sie das finanzielle Volumen der gestellten Anträge zum Haushalt beziffern kann.

Hierauf erwidert **Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD)**, dass bei dem Antrag zur Erich-Girolstein-Schule ein genauer Betrag beziffert wurde. Bei den anderen ist dies derzeit nicht möglich, weil die vorgeschlagenen Prüfungen erst vorgenommen werden müssen.

Landrat Schuster (SPD) schildert den Ist Zustand. Der Stellenplan 2009 weist in der Kernverwaltung (Verwaltung und Schulen) 822,15 Stellen aus, davon sind 789,51 Stellen besetzt.

Fraktionsvorsitzender Schreiber (B 90/Die Grünen) meint, dass die Kreise und Kommunen in Deutschland nahezu ohne Ausnahme die Folgen der Einnahmewegbrüche tragen. Hinzukommt, dass die Umlagen für Krankenhaus und LWV deutlich gestiegen sind. Der Lahn-Dill-Kreis ist erheblich betroffen. Der Haushalt ist im Jahr 2010 und in den Folgejahren aus strukturellen Gründen nicht ausgleichbar und es drohen noch die Folgen aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Diese Haushaltslage ist kein Verschulden einer fehlgeleiteten Kreispolitik und Verschwendung durch desorganisiertes Verwaltungshandeln. Die Schulsanierungen brauchen weiterhin große finanzielle Anstrengungen, die nicht alle von der Schulumlage gedeckt werden. Der Sozialbereich wird eher noch einen höheren Mittelbedarf im kommenden Jahr haben. Schließlich sind auch noch die Auflagen des Regierungspräsidenten zu beachten. Zugegebenermaßen sind die 108.000 € Konsolidierungspotenzial mager. Daher gibt es die vorliegenden Anträge. Was machbar erscheint, will man tun, dabei sind die Schulden auf das unvermeidliche Maß zu beschränken. Gegebenenfalls sind auch Qualitätsverluste hinzunehmen. Vor diesem Hintergrund ist der Antrag mit den 10 Punkten zum Haushaltskonsolidierungskonzept eingebracht worden. Davon sind einige Positionen Prüfaufträge, die noch nicht beziffert werden können. Seine Fraktion versteht dies als Beitrag für eine mittel- und langfristige Konsolidierung. Auf einzelne Punkte des Antrages geht er detailliert ein. Positiv wertet er ebenfalls den Konsens, was den Neubau der Goetheschule, der Käthe-Kollwitz-Schule und der Theodor-Heuß-Schule anbelangt. In diesem Zusammenhang gibt es allerdings auch heikle Themen, wie beispielsweise die Nichterweiterung der Erich-Girolstein-Schule oder das weitere Vorgehen bei der Ludwig-Erk-Schule. Man muss sich fragen, was langfristig eine gute Bildung sichert und was man sich leisten kann. Wichtig ist auch, wie man die Erkenntnisse des Schulentwicklungsplanes in die anstehenden Baumaßnahmen einbindet. Hier wünscht er sich einen fraktionsübergreifenden Konsens. Er hält es auch für notwendig, dass die Organisationsuntersuchungen weiter gehen. Der Aufbau eines konsequenten Immobilienmanagements mit klaren Verantwortlichkeiten und einer aktuellen Datenbank ist ebenfalls von großer Wichtigkeit. Dass es kaum Stellungnahmen oder Proteste der Städte und Gemeinden bezüglich Schulumlage gab, lag daran, dass diese gedeckelt wurde. Er dankt Herrn

Kröckel mit seinem Team für die akribische Aufstellung des Haushaltsplanes. Das es in Sachen Lesbarkeit des Haushalts für Parlamentarier noch Bedarf gibt, ist bei ihm angekommen. Wichtig ist, dass im Umweltbereich der Haushalt im Rahmen der Möglichkeiten Akzente setzt, die er im Einzelnen benennt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise mit ihrem Konjunkturprogramm bietet die Chance, Umwelt- und energiepolitisch einen Schritt voran zu kommen. Was den Fachbereich 4 anbelangt, so ist die ARGE gefährdet. Er hofft darauf, dass der heute noch zu behandelnde Antrag dazu einen breiten Konsens findet. Das Geld, was man für das Wohnhilfebüro ausgibt, ist gut angelegt. Dieses Angebot muss auf Dauer gesichert werden. Die Altenpflegeschule ist ein stabiler Faktor und das Projekt "Selbstständigkeit im Alter" ist von großer Bedeutung und wird ausgebaut. Die Teilzeitausbildung, insbesondere für allein erziehende Mütter, hält er für dringend geboten. Was die Gemeinschaftsunterkünfte für Auswanderer und Asylsuchende anbelangt, so werden Familien überwiegend außerhalb der Wohnheime untergebracht. Wohnheime mit mangelnder Qualität werden geschlossen. Zu dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz und seiner Umsetzung im Lahn-Dill-Kreis und Schüler/innen Hilfsfonds macht er weitere Ausführungen. Der Tanker „Kreis“ ändert langsam seinen Kurs auf das Ziel Nachhaltigkeit für Menschen und Umwelt. Auch wenn man die beste aller kritischen Produktbetrachtungen vornehmen würde, kann man es nicht schaffen, die finanzielle Schieflage zu bewältigen. Die Kreise und Kommunen benötigen Unterstützung von Bund und Land. Seine Fraktion wird dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Abgeordneter Jörg Michael Müller (CDU) hält es für erwähnenswert, dass die Koalitionäre heute Silberhochzeit begehen. 25 Jahre ist das zu verantworten, was heute zu besprechen ist. Der Inhalt dieser Politik lässt sich einfach zusammenfassen. 590 Mio. DM oder 301 Mio. € Schulden sind beim Kreis ohne die Nebenhaushalte festzustellen. Schulden, die 1985 unvorstellbar waren. Wie der Landrat gesagt hat, liegen die Gründe für dieses Defizit bei den anderen. Alle sind schuld, nur die Kreisregierung nicht. Was den Konsens bezüglich des erwähnten Schulbaus anbelangt, macht darauf aufmerksam, dass dieser auf Initiative des Fraktionsvorsitzenden der CDU zustande kam. Seit Beginn der Koalition hat sich die Haushaltslage Jahr für Jahr verschlechtert. Auch wenn versucht wird, die Verantwortung weg zu schieben, bleibt es der Haushalt des Lahn-Dill-Kreises mit seinen Defiziten, vor allem die Fehlplanungen und Irrtümer, die er im Einzelnen beleuchtet (Kauf des Sparkassengebäudes, Müllpolitik, Frage des dreigliedrigen Schulsystems, KVB). Mit dieser Fehlplanung sind 2/3 der jetzigen Schulden verursacht worden, was die Bürgerinnen und Bürger mit zu schultern haben. Es ist immer das gleiche, es wird Geld der Steuerzahler versenkt und gleichzeitig beschwert man sich, dass die anderen dran schuld sind. Tragisch ist, dass man 11 Mio. € jährlich an Zinsen zahlt, die wiederum finanziert werden müssen. Dies ist der reine Bankrott. Er spricht für seine Fraktion ausdrücklich den Dank an die Mitarbeiter/Mitarbeiterin in der Kämmerei aus. Was diese leisten, ist beeindruckend. Dabei muss auch gesehen werden, dass es linientreue Mitarbeiter gibt, die anderen Mitarbeiter im wahrsten Sinne des Wortes die Luft abgraben. Auch dies muss gesagt werden. Oft werden auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Verwaltungsvorstand ins Feuer geschickt. Zum VLD erklärt der Landrat jedes Jahr, dass es besser wird; im Gegenteil, es wird schlimmer. Er erläutert dies näher. Er kritisiert, dass man mit dem Haushalt 2010 noch nie so wenig Informationen erhalten hat. Die Produkterläuterungen nehmen ab und man muss sich die Informationen mit viel Fantasie "aus den Fingern saugen". Bemerkenswert dazu ist die Sprachlosigkeit der Mehrheitsfraktion. Keine einzige Produktnachfrage oder Zieldiskussion gab es. Es gibt keine Auseinandersetzungen mit den Produkten und zum Zielerreichungsgrad. Scheinbar herrscht Interesslosigkeit. Warum hat beispielsweise bei Transferleistungen im Vergleich zu anderen hessischen Landkreisen einen sehr viel höheren Ausgabegrad? Im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss ist er gefragt worden warum er so schlecht gelaunt war und dies ausgelebt hat. Dafür möchte er sich entschuldigen, dass war nicht in Ordnung. Ihn hat aufgeregt, dass man im berufenen Fachausschuss, der sich seit mehreren Jahren mit dem doppelten Haushalt beschäftigt, diesen Haushalt erklären muss. Er fragt den Landrat, wo bei diesem Haushalt sein Führungsanspruch und seine Vision sind. Politische und auch inhaltliche

Führung ist notwendig. Dies vermisst er. Es gibt keine Änderungen, keine Produktkritik und keine Zielüberprüfung mit der Folge von 300 Mio. € Schulden.

Landrat Schuster (SPD) erklärt, dass man im Jahr 2006 einen Fehlbetrag von 25,4 Mio. € hatte. Dieser Fehlbetrag konnte im Jahr 2007 um 10 Mio. € gesenkt werden. In den Jahren 2008 und 2009 wird man eine schwarze Null schreiben können. Man hat die Steuereinnahmen dazu genutzt, um Haushaltskonsolidierung zu betreiben. Die Situation hat an Dramatik gewonnen, wie sie noch niemals erreicht wurde. Es gibt eine explosionsartige Vermehrung der Kurzarbeit von 800 Kurzarbeitern im September 2008 auf jetzt über 10.000 mit den daraus resultierenden Folgen von Ersatzleistungen, die er im Einzelnen beschreibt. Wo in aller Regel gespart wird, ist bei den Personalkosten oder bei der Infrastruktur, das heißt, bei den Schulen. In seinen weiteren Ausführungen geht er auf die Bereiche ein, bei denen Personal verstärkt werden musste. Dies war politisch gewollt, wie beispielsweise bei der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe. Es ist heute nicht mehr möglich, dass ein Sozialarbeiter ins Haus geht. Dies muss auch zur Kenntnis genommen werden. In den letzten Jahren hat man riesige Schritte in Richtung eines ausgeglichenen Haushaltes gemacht. Die Botschaft dieses Haushaltes ist ein Bildungshaushalt, in dem man Millionen für die Zukunft der Kinder in Form von guten Schulen investiert. Er hält es wie der Ministerpräsident, der gesagt hat, „wir sparen nicht der Krise in hinterher, sondern da, wo es notwendig ist“.

Abgeordneter Palm (NPD) macht deutlich, dass heute über 4 Teilpunkte zu beschließen ist, die er im Einzelnen ausführt. Was das Investitionsprogramm anbelangt, schauen die Nationaldemokraten auf den wunden Punkt, nämlich die Schulen. Ohne Schulen kein Wissen, ohne Wissen keine Zukunft. Dem Investitionsprogramm wird man zustimmen. Was ihn befremdet ist, dass zwar gesagt wurde, der Oberbürgermeister Dette ginge von falschen Voraussetzungen bezüglich der Umlage aus, aber nicht gesagt wurde, warum. Nach kaufmännischen Gesichtspunkten müsste bezüglich des Haushaltes 2010 der Antrag auf Konkurs kommen, denn wer für Zinsen Kredite aufnehmen muss, ist pleite. Daher wird seine Partei diesem Werk nicht zustimmen. Dagegen kann man dem Haushaltssicherungskonzept die Zustimmung geben.

Abgeordneter Rauber (SPD) hält es mit Blick auf die Schulbauprogramme für eine Unverschämtheit, von inhaltlicher Leere des Haushaltes zu sprechen. Solche Aussagen, wie Herr Müller sie gemacht hat, tragen nicht zu einer Verständigung in diesem Parlament bei und auch nicht dazu, die Aufgaben der Zukunft zu bewältigen. Sicherlich hat es in den vergangenen 25 Jahren auch politische Fehlentscheidungen gegeben, zu denen er sich bekennt. Das Geheimnis langwährender Beziehungen liegt im Umgang und im gegenseitigen Respekt miteinander. Was Herr Müller fehlt, ist der Respekt gegenüber der Leistung, die in diesem Hause an vielen Stellen erbracht worden ist. Für den Ausbau der Bildungseinrichtungen im Lahn-Dill-Kreis wird sehr viel Geld zur Verfügung gestellt. Da ist nichts, was sich diese Koalition als Versäumnis aus den letzten Jahren vorhalten lassen muss. Vielleicht manchmal die Mühsamkeit der Entscheidungen.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) geht auf einige Punkte des gemeinsamen Antrages der Regierungskoalition ein. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden dass man seit 25 Jahren in der Verantwortung ist und sich das Eine und Andere zurechnen lassen muss. Natürlich ist die Kreisregierung nicht für alles verantwortlich, was im Kreishaushalt enthalten ist, was auch niemand behauptet hat. Man darf nicht ernsthaft glauben, dass die Operation "sichere Zukunft", irgendjemand ernsthaft Spaß gemacht hat. Mit solch einer Aktion kann man keinen Blumentopf gewinnen, weil Menschen verärgert werden. Im Interesse des Ganzen ist dies gemacht worden. Dies ist politische Führung, nämlich Verantwortung für das Ganze. Das ist genau das, was der Kreisregierung partiell fehlt. Zu dem erwähnten ausgeglichenen Haushalt 2008 bemerkt er, dass der Lahn-Dill-Kreis im Jahre 2005 an Schlüsselzuweisungen 30,7 Mio. € erhalten hat. Im Jahr 2007 waren es 38 Mio. €, 2008 37 Mio. € und 2009 37,9 Mio. €. Das bedeutet ein Plus von 7 Mio. € in den letzten 4 Jahren. Die Städte und Gemeinden haben im

Jahr 2005 73,8 Million Euro an Umlagen zahlt. Im März 2009 waren es 92 Mio. €. Bei der Schulumlage waren es 2005 14 Mio. € und 2009 44 Mio. €. Alles zusammen macht dies eine Mehreinnahme von 46 Mio. € aus. Da ist die Frage legitim, was mit dieser Summe geschehen ist. In seiner Verfügung vom 7. Oktober 2009 sagt der Regierungspräsident, dass das Haushaltssicherungskonzept nicht den Mindestanforderungen entspricht und völlig ungeeignet ist. Dies ist eine schallende Ohrfeige für die Regierungskoalition. Wenn das, was zu beschließen ist, demographiefest sein soll, müsste man erwarten, dass irgendwann Entscheidungen getroffen, oder konkrete Vorschläge unterbreitet werden. Vom Dezernenten ist am 7. September 2008 in der heimischen Presse anderes erklärt worden. Wenn ein Beschluss gefasst wurde, dass Grundschulen mindestens 90 Schüler haben müssen, sollte man erwarten, dass diesbezüglich irgendwelche Vorschläge kommen. Auch dies ist nicht der Fall gewesen. Wenn man die von Frau Hartmann erwähnte Inklusion ernst nehmen will, müsste man sagen, alle Maßnahmen zum Ausbau von Förderschulen werden sofort gestoppt. Dann kann man nicht gleichzeitig Förderschulen ausbauen. Dies ist ein Widerspruch. Am Beispiel der August Bebel Schule macht er einen weiteren Widerspruch deutlich. Auch ist es graue Theorie, wenn man von der Möglichkeit der Bildung von Familienzentren bei der Übernahme von Grundschulen spricht. Seine Fraktion wird dem Antrag zur Übernahme der Grundschulen in kommunale Trägerschaft ablehnen, weil es ein Schaufensterantrag ist. Er begründet dies kurz. Wenn man die Übernahme ernsthaft gewollt hätte, wäre man viel weiter, weil es dazu die rechtliche Möglichkeit gibt. In seinen weiteren Ausführungen geht er auf die einzelnen Anträge und das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion dazu ein. Er begrüßt, dass 80 Mio. € an Investitionen für den Bildungshaushalt vorgesehen sind. Dabei darf nicht vergessen werden, dass davon 52 Mio. € vom Land Hessen gekommen sind. Diese Summe haben der Lahn-Dill-Kreis und die Städte und Gemeinden in späteren Jahren nicht mehr zu zahlen. Die Bauschäden an Schulen kann man der Regierung nicht anlasten, jedoch aber, dass in den letzten 25 Jahren zu wenig in die Bauunterhaltung investiert worden ist. Diese Aussage wird auch von der eingesetzten Arbeitsgruppe von Bauexperten geteilt. Selbst der Dezernent hat gesagt, dass es einen ausgeprägten Sanierungsrückstau gibt. Deshalb hat man heute zu 50 % ein hausgemachtes Problem.

Fraktionsvorsitzende Kornmann (FDP) hat den Eindruck, dass man sich in einer Schuldnerberatungsstunde befindet. Interessant ist die Reihenfolge der Redner. Herr Ludwig, der als Erster den Mut gefasst hat, die Debatte zu eröffnen, sagte, dass ihn der Haushalts sprachlos gemacht hat. Dies scheint nicht nur ihm, sondern einer ganzen Reihe von Bürgermeistern so gegangen zu sein, da nur 2 Stellungnahmen von Bürgermeistern zum Haushaltsentwurf eingegangen sind. Wäre die auf 58 % gedeckelte Umlage kostendeckend, müsste diese bei über 70 % liegen. Der Beitrag von Frau Hartmann war für sie eher eine Wahlkampfveranstaltung mit wenig Bezug auf den Kreis. Sie führt das näher aus. Von den Koalitionären war Herr Schreiber der einzige Lichtblick. Er zeigte sich bemüht, nach Lösungsansätzen für eine Haushaltskonsolidierung zu suchen und diese bezogen auf die Kreispolitik. Hinsichtlich der Transparenz des Haushaltes hat sie den Eindruck, dass neben ihr viele andere Abgeordnete diesen nicht in allen Teilen verstanden haben, aber alle Abgeordneten des Kreistages, die die Verwaltung auch zu kontrollieren haben, müssen nachher zu diesem Werk ihr Votum abgeben. Auf Grund von Nachfragen zum Stellenplan hat sie den Eindruck, dass mancher Dezernent über die Stellen in seinem Dezernat nicht im Bilde ist. Es besteht durchaus die Möglichkeit, die Abteilungsleiter zusammen zu rufen und ihnen eine Zielvorgabe zu machen. Es ist keine Haushaltskonsolidierung, wenn man lediglich auf die Verbesserung der Einnahmen hinweist, so wie dies in den vergangenen 2 Jahren geschehen ist. Auch auf der Ausgabenseite muss eingespart werden. Ein positives Beispiel für eine intelligente Stellenbewirtschaftung war die Änderung der Geschäftsführung in der Abfallwirtschaft und den Eigenbetrieben, worauf sie näher eingeht. Die Fähigkeit im Parlament ist nicht nur, zu reden, sondern auch zuhören zu können, was sie bei Frau Hartmann vermisst hat. Sie macht dies am Beispiel der Schulpolitik deutlich. Wer Haushaltskonsolidierung ernsthaft betreiben will, muss auch auf die Ausgabenseite sehen. Daher

bittet sie um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion. Abschließend dankt sie Herrn Kröckel für die vorbildliche Arbeit.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) äußert sich enttäuscht über die Aussagen von Frau Kornmann. Wenn sie ein Resümee über die 3 Oppositionsredner zieht, kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Aussagen von Herrn Irmer noch am konstruktivsten waren, weil er sich mit den Änderungsanträgen sachlich auseinandergesetzt hat. Von Herrn Jörg Michael Müller möchte sie wissen, wie hoch der Schuldenstand im Lahn-Dill-Kreis wäre, wenn man alle populistischen Anträge beschlossen hätte, die von der CDU in den letzten Jahren eingebracht worden sind. Wo sind denn die Vorschläge der CDU zur Haushaltskonsolidierung? Trotzdem ist ihre Fraktion Willens, auf die Vorschläge, wie beispielsweise "Masterplan Bildung", einzugehen. Es wird das getan, was notwendig ist.

Abgeordneter Grüger (SPD) hält die Argumentation „immer die Anderen sind daran schuld“ für sehr billig. Wenn man allen Vorschlägen der Opposition gefolgt wäre, hätte man eine weit höhere Verschuldung. Ebenfalls billig ist, was die Landespolitik in Hessen macht. Wenn man Kapital aufnehmen muss, um Zinsen zu bezahlen, ist das Land Hessen auch pleite. Das Land Hessen beabsichtigt in den nächsten 5 Jahren 25 % mehr Schulden zu machen und die Zinsbelastungen entsprechend zu steigern. Wenn das politische Führung ist, kann er den Landrat nur dazu raten, genau das auch zu machen. Das macht man aber im Lahn-Dill-Kreis nicht. Wenn man im Glashaus sitzt, wie die Landtagsabgeordneten aus dem Lahn-Dill-Kreis, sollte man nicht mit Steinen schmeißen. Man redet hier nicht wie ein privater Häuslebauer, sondern von einem politischen Gesamtbild, in dem die Steuerpolitik des Bundes und des Landes mit berücksichtigt werden muss. Vor Ort ist die Politik auszubaden, die in Wiesbaden und Berlin gemacht wird. Der Großteil der Probleme, über die man heute redet, ist der Ideologie der ständigen Steuersenkung, wie von der FDP gefordert, geschuldet.

Vorsitzende Müller bittet darum, auch wenn es schwierig ist, sich bei den Redebeiträgen auf den Lahn-Dill-Kreis zu fokussieren.

„Bei einer steuerpolitischen Gesamtschau muss man natürlich den Bund und das Land mit einbeziehen und man kann nicht darum herum reden“, fährt **Abgeordneter Grüger (SPD)** fort. Die Zusammenhänge bestehen. So wäre das Schulbauprogramm ohne die Landesmittel in dieser Form nicht möglich gewesen. Allein durch die Kürzung der Schlüsselzuweisungen hat man ein Minus von 13,5 Millionen €, was mehr ist, als die Zinsbelastung. Mit dem vorgelegten Haushalt hat der Landrat politische Führung bewiesen. Man befindet sich auf dem richtigen Weg. Die Schulen werden um- und ausgebaut und man sorgt dafür, dass im Bereich der Bildung ordentlich investiert wird.

Abgeordnete Öztürk (B90/Die Grünen) hält die Situation für sehr viel schwieriger. Bezug nehmend auf den Beitrag von Herrn Irmer fragt sich, ob es eine gute Leistung ist, in fetten Jahren mit dem Konzept „sichere Zukunft“ zu kommen. Ebenfalls keine Meisterleistung ist es, dass Tafelsilber des Landes zu veräußern. Das Land Hessen hat einen Rekordschuldenstand und die CDU hat nie an etwas Schuld. Man sollte konstruktiver zusammenarbeiten und sich gegenwärtigen, dass man sich in einer Wirtschaftskrise befindet. Was die jetzige Bundes- und Landesregierung macht, wird dieser Situation in keinster Weise gerecht. Man kann sich nicht hinstellen und so tun, als ob nur die Politik vor Ort fehlgeschlagen hätte. Die Regierungskoalition hat sich große Mühe gegeben und überlegt, wo man optimieren und wie man eine effektive Schul- und Umweltpolitik machen kann.

Vorsitzende Müller mahnt nochmals an, mehr zu Kreispolitik zu sprechen und vor allem die Redebeiträge nicht durch Zwischenrufe zu stören.

Abgeordneter Ratz (SPD) spricht Frau Kornmann an, die von Rücklagenbildung in guten Zeiten gesprochen hat. Man redet hier von Haushaltsausgleich, der fast gelungen wäre. Die

Folgen der Krise werden sich im Haushalt 2011 noch dramatischer niederschlagen. Er verweist auf das Haushaltsdefizit von rund 38 Mio. €, wobei man kaum noch Spielräume hat, dieses deutlich zu reduzieren. Wenn man will, dass die Goetheschüler vernünftig unterrichtet werden, muss man diesem Haushalt zustimmen, ansonsten kann nicht gebaut werden. Erfreut zeigt er sich darüber, dass die SPD in wechselnden Koalitionen 25 Jahre an der Regierung ist. Wenn man nachschaut, was vor 1985 war, kann man feststellen, dass bis dahin nichts an Bauunterhaltung in Schulen investiert wurde. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass weit über 90 % der Ausgaben durch Bundes- und Landesgesetze geregelt ist. Bei den wenigen Spielräumen hat man in den letzten Jahren versucht, zu sparen.

Fraktionsvorsitzender Ludwig (FWG) hat das Gefühl, dass die bisherigen Redebeiträge in der Sache nicht weitergeführt haben. Es ist schade, dass die CDU die Überlegungen zur Übernahme von Grundschulen ablehnt. Wenn man diskutiert, was geht und was nicht geht, sind die Fronten dermaßen verhärtet, so dass kein Ergebnis erzielt wird. Eine Sollbruchstelle ist dabei immer die Trägerschaft der Schulturnhallen und die Verhältnisse vor Ort, was er genauer erläutert. Er würde sich freuen, wenn diese Problematik differenzierter diskutiert werden könnte.

Abgeordneter Klier (CDU) nimmt Bezug auf Ziffer 10 des Antrages der Regierungskoalition, der die Erich-Girolstein-Schule betrifft. Heute beschäftigt sich der Kreistag bereits zum 4. Mal über die Zukunft dieser Schule. Am 3.12.2007 wurde einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen einstimmig zugestimmt. Der Kreistag hatte sich damals für den Wiederaufbau der Erich-Girolstein-Schule und der Philipp-Schubert-Schule am Standort Wetzlar-Hermannstein ausgesprochen. Er trägt 3 Zitate von Frau Hartmann, Frau Öztürk und Herrn Jeschke aus der Niederschrift dieser Sitzung vor. Man muss sich fragen, wo man heute steht. In seinen weiteren Ausführungen beleuchtet er diese Frage. Statt dem 6 Monate später gestellten Antrag seiner Fraktion zuzustimmen, haben die Regierungsfractionen eine hinauszögernde Entscheidung getroffen, nämlich eine Expertenrunde anzuhören. Wenn man sich die schriftliche Begründung dieses Antrages anschaut, ist für seine Fraktion klar, dass eine rein materiell begründete Zerschlagung der Erich-Girolstein-Schule vorbereitet werden sollte. 4 Monate später hat der Kreistag gegen die Stimmen der CDU den Beschluss gefasst, nur die Grundstufe in der Erich-Girolstein-Schule und der Pestalozzi-Schule zu unterrichten. Mittel- und Hauptstufe sollten in die Pestalozzi-Schule. Seine Fraktion hat der damaligen Entscheidung vehement widersprochen, weil ein Förderschüler innerhalb von 2 Jahren dann zweimal die Schule zu wechseln hätte, was pädagogisch nicht zu verantworten ist. Heute wird vorgeschlagen, dass das pädagogisch sinnvolle Konzept der Erweiterung der Erich-Girolstein-Schule nicht realisiert werden soll. Damit würde man auf dem Rücken der Schüler herumtrampeln, die am meisten benachteiligt sind und ihnen die dringend notwendigen Lernvoraussetzungen vorenthalten. Diesem Antrag wird seine Fraktion nicht zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Schreiber (B90/Die Grünen) möchte wissen, ob Herr Klier zur Kenntnis genommen hat, dass es nur noch 28 Kinder sind und das man eine Pestalozzi-Schule hat, die nach modernstem Standard erbaut wurde und dass dort noch Platz vorhanden ist?

Darauf eingehend bemerkt **Abgeordneter Klier (CDU)**, dass man sich die 5. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes anschauen sollte. Daraus ist zu entnehmen, dass an einzelnen Grundschulen die Schülerzahl wesentlich deutlicher zurückgeht, als an der Erich-Girolstein-Schule. Da will man aus politischen Gründen nicht herangehen, was er verstehen kann. Dennoch müssen für die verbleibenden Schüler angemessene Lernbedingungen geschaffen werden.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) hält den Beitrag von Herrn Klier für unsachlich. Es wird unter dem „PPP Projekt“ eine Förderschule gebaut, die genügend Raum zur Verfügung hat. Dort können Schüler gut gefördert und bei gut ausreichendem Platz untergebracht werden. Es kann nicht gesagt werden, dass die Koalitionsfraktionen keinen Mut zur Entscheidungsfindung

haben. Das Gegenteil ist der Fall. Der Antrag bedeutet keinen Sparvorschlag auf dem Rücken der Kinder. Die Schülerzahlen an den Förderschulen gehen zurück und immer mehr Eltern klagen ihr Recht auf Regelunterricht für ihre Kinder ein. Sie führt dies näher aus. Mit dem Antrag hält man sich an die Auflagen des Regierungspräsidenten, der sagt, dass nicht zusätzlicher Schulraum gebaut werden darf, wenn genügend vorhanden ist. Der Antrag macht auch deutlich, dass der Wille zur ernsthaften Konsolidierung vorhanden ist.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegrich (SPD) verweist auf einen Beschluss des Kreistages vom 27.10.2008, der mehrheitlich gefasst wurde und auf eine Zusammenlegung der Erich-Girolstein-Schule und der Pestalozzi-Schule zur Unterrichtung der Grundstufenschüler in Hermannstein hinaus lief. Diese Überlegungen haben sich zwischenzeitlich verfestigt und sind pädagogisch sinnvoll. Die Schülerzahlen haben sich jedoch anders entwickelt als bei den Planungen für den Bau der Schulen angenommen wurde. Diese Entwicklung ist hessenweit zu beobachten. Die Pestalozzi-Schule ist für 250 Kinder ausgelegt. Zurzeit befinden sich in der Pestalozzi-Schule 172 Kinder. Somit sind 78 Plätze unbesetzt. Diese Schule hat als Lernhilfeschule in Hessen absoluten Vorbildcharakter. Dann zu behaupten, dass den Kindern Förderbedingungen vorenthalten werden, ist schwer verständlich. Auch muss man bedenken, dass die Schülerzahl an der Erich-Girolstein-Schule stark rückläufig ist, was er an Zahlen verdeutlicht. Was an Räumlichkeiten vorhanden ist, ist absolut ausreichend. Auch dies erläutert er im Einzelnen. Man muss nach der Begründung zum Bau zusätzlicher Schulräume fragen, auch mit Blick auf den Steuerzahler. Abschließend bemerkt er, dass das, was der Kreistag im letzten Jahr beschlossen hat, auf Vorschlag einer eingesetzten Arbeitsgruppe, bei der alle Schulleitungen mitgewirkt haben, geschehen ist.

Abgeordneter Schmidt (FDP) hält das, was vorgetragen wurde, für sachlich völlig korrekt. Seine Fraktion hat kein Problem damit, an dieser Stelle dem Beschluss zuzufolgen. Der Mut zur Entscheidung wird ausgerechnet an der Stelle gezeigt, wobei es auch an anderen Schulen stark rückläufige Schülerzahlen gibt, wo nicht gehandelt wird. Dies hat einen merkwürdigen Beigeschmack.

Abgeordneter Steinruck (CDU) erinnert daran, dass man bei der Planung der Schule von dramatisch steigenden Schülerzahlen ausgegangen ist. So wurde es zumindest gesagt. In Hermannstein wurde den Eltern Zusagen gemacht, die heute nahezu vergessen werden. Ihm ist nicht klar, ob sich noch Grundstufenschüler an der Pestalozzi-Schule befinden. Er warnt vor dem Zukunftsbegriff der Inklusion. Die Ideologie in diesem Bereich sollte man lassen. Er befürchtet, dass die Zahl dieser Kinder nicht wesentlich abnehmen wird. Hinzu kommt, dass die Grundschulen ihre Kinder länger an der Schule halten, um ihre Schülerzahlen kosmetisch aufzubessern. Sollte dies für die Entscheidung, den Erweiterungsbau an der Erich-Girolstein-Schule nicht durchzuführen, maßgeblich sein?

Vorsitzende Müller lässt, nachdem weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, zunächst über die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe abstimmen.

a) Beschlussfassung über den **Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Abfall- und Energiewirtschaft Lahn Dill“** für das Geschäftsjahr 2010.

Abstimmungsergebnis: 43 Ja-Stimmen (27 SPD, 8 FWG, 5 B90/Die Grünen, 3 FDP)
 27 Nein-Stimmen (CDU)
 4 Stimmenthaltungen (2 NPD, 1 REP, 1 FU)

Damit ist dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes AEWLD mehrheitlich zugestimmt.

b) Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan des **Eigenbetriebes "Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung"** für das Geschäftsjahr 2010.

Abstimmungsergebnis: Bei einer Stimmenthaltung der Freien Union (FU) einstimmig zugestimmt.

c) Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan des **Eigenbetriebes "Besucherbergwerk Grube Fortuna"** für das Geschäftsjahr 2010.

Abstimmungsergebnis: Ohne Stimmenthaltungen einstimmig **zugestimmt**.

Vorsitzende Müller kommt nun zu den Abstimmungen zum **Investitionsprogramm**.

a) Abstimmung über **Ziffer 2** (Antrag des Landrates zum Investitionsprogramm) der Aufstellung über die Abstimmungsergebnisse (Anlage 2 der Niederschrift).

Abstimmungsergebnis: Bei einer Stimmenthaltung der Freien Union (FU) einstimmig zugestimmt.

b) Beschlussfassung über das **Investitionsprogramm** des Lahn Dillkreises für den Planungszeitraum 2009-2013 unter Einschluss der vom Kreistag beschlossenen Änderungen.

Abschluss Ergebnis: Bei einer Stimmenthaltung der Freien Union (FU) einstimmig zugestimmt.

Vorsitzende Müller lässt nun über die **Anträge zum Ergebnishaushalt** abstimmen.

a) Abstimmung über **Ziffer 1** (Antrag des Jugendhilfeausschusses) der Aufstellung über die Abstimmungsergebnisse (Anlage 2 der Niederschrift)

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) beantragt einen Sperrvermerk mit zu beschließen, da es aus Sicht seiner Fraktion noch Beratungs- und Klärungsbedarf gibt. Dieser Sperrvermerk sollte von den Fachausschüssen Arbeit, Soziales und Integration und vom Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss aufgehoben werden können.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) beantragt Sitzungsunterbrechung, die **Vorsitzende Müller** genehmigt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung lässt **Vorsitzende Müller** zunächst über den Antrag der CDU, einen **Sperrvermerk** zu setzen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (27 CDU, 7 FWG, 3 FDP, 2 NPD, 1 REP)
32 Nein-Stimmen (27 SPD, 4 B90/Die Grünen, 1 FWG)
2 Stimmenthaltungen (1 B90/Die Grünen, 1 FU)

Damit ist der Einrichtung eines **Sperrvermerkes zum Antrag des Jugendhilfeausschusses**, der durch die Ausschüsse für Soziales, Arbeit und Integration und dem Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss aufgehoben werden kann, mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung über den eigentlichen **Antrag des Jugendhilfeausschusses mit Sperrvermerk**:

Abstimmungsergebnis: Bei 4 Stimmenthaltungen der fraktionslosen Abgeordneten einstimmig **zugestimmt**.

b) Abstimmung über **Ziffer 2** (Antrag des Landrates zum Ergebnishaushalt) der Aufstellung über die Abstimmungsergebnisse (Anlage 2 der Niederschrift).

Abstimmungsergebnis: 70 Ja-Stimmen (27 CDU, 27 SPD, 5 B90/Die Grünen, 8 FWG, 3 FDP)
3 Nein-Stimmen (2 NPD, 1 REP)
1 Stimmenthaltung (FU)

c) Abstimmung über **Ziffer 4** (Antrag der FDP, Teil 1 Personalaufwendungen) der Aufstellung über die Abstimmungsergebnisse (Anlage 2 der Niederschrift).

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen (27 CDU, 3 FDP, 1 FWG, 2 NPD, 1 REP, 1 FU)
38 Nein-Stimmen (27 SPD, 5 B90/Die Grünen, 6 FWG)
1 Stimmenthaltung (FWG)

Damit ist der **Teilantrag der FDP** bezüglich der Personalaufwendungen mehrheitlich abgelehnt.

d) Abstimmung über **Ziffer 4** (Antrag der FDP, Teil 2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) der Aufstellung über die Abstimmungsergebnisse (Anlage 2 der Niederschrift).

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (27 CDU, 3 FDP, 2 FWG, 2 NPD, 1 REP, 1 FU)
38 Nein-Stimmen (27 SPD, 5 B90/Die Grünen, 6 FWG)
0 Stimmenthaltungen

Damit ist der **Teilantrag der FDP** bezüglich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mehrheitlich abgelehnt.

e) Beschlussfassung über die **Haushaltssatzung** des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2010 mit Haushaltsplan unter Einschluss der vom Kreistag beschlossenen Änderungen.

Vorsitzende Müller weist darauf hin, dass es sich bei dem in den Beratungsunterlagen für die Ausschusssitzungen angebrachtem Sperrvermerk bei der Grundschule in Solms-Niederbiel um einen Druckfehler gehandelt hat. Dieser Sperrvermerk ist zurückgezogen. Darüber möchte sie Klarheit haben.

Sie stellt fest, dass der Ergebnishaushalt nunmehr mit einem Gesamtbetrag der Erträge von 219.136.022 € abschließt. Der Gesamtbetrag der Aufwendungen beziffert sich mit 257.569.446 €. Damit ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 38.433.425 €. Sie trägt die weiteren Planzahlen (siehe Änderungen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2010, Anlage 3 der Niederschrift) vor.

Vorsitzende Müller lässt über die **Haushaltssatzung** mit der vom Kreistag beschlossenen Änderung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (27 SPD, 8 FWG, 5 B90/Die Grünen)

34 Nein-Stimmen (27 CDU, 3 FDP, 2 NPD, 1 REP, 1 FU)
0 Stimmenthaltungen

Damit ist der Haushaltssatzung mit seinen Änderungen mehrheitlich zugestimmt.

Vorsitzende Müller kommt nun zu den Abstimmungen über das **Haushalts-sicherungskonzept** und den **Änderungsanträgen** dazu und verweist auf die vorliegende Aufstellung (Anlage 4 der Niederschrift)

a) Abstimmung über **Positionsnummer 3** im Antrag (Anlage 4 der Niederschrift)

Abstimmungsergebnis: Ohne Stimmenthaltungen einstimmig zugestimmt.

b) Abstimmung über **Positionsnummer 4** im Antrag (Anlage 4 der Niederschrift)

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (27 SPD, 8 FWG, 5 B90/Die Grünen)
30 Nein-Stimmen (27 CDU, 3 FDP)
4 Stimmenthaltungen (2 NPD, 1 REP, 1 FU)

Damit ist der **Positionsnummer 4** mehrheitlich zugestimmt.

c) Abstimmung über **Positionsnummer 5** im Antrag (Anlage 4 der Niederschrift)

Abstimmungsergebnis: 44 Ja-Stimmen (27 SPD, 8 FWG, 5 B90/Die Grünen 3 FDP,
1 FU)
27 Nein-Stimmen (27 CDU)
3 Stimmenthaltungen (2 NPD, 1 REP)

Damit ist der **Positionsnummer 5** mehrheitlich zugestimmt.

d) Abstimmung über **Positionsnummer 6** im Antrag (Anlage 4 der Niederschrift)

Abstimmungsergebnis: Bei 3 Stimmenthaltungen (2 NPD, 1 REP) einstimmig zugestimmt.

e) Abstimmung über **Positionsnummer 7** im Antrag (Anlage 4 der Niederschrift)

Abstimmungsergebnis: Bei 3 Stimmenthaltungen (2 NPD, 1 REP) einstimmig zugestimmt.

f) Abstimmung über **Positionsnummer 8** im Antrag (Anlage 4 der Niederschrift)

Abstimmungsergebnis: 44 Ja-Stimmen (27 SPD, 8 FWG, 5 B90/Die Grünen 3 FDP,
1 FU)
27 Nein-Stimmen (27 CDU)
3 Stimmenthaltungen (2 NPD, 1 REP)

Damit ist der **Positionsnummer 8** mehrheitlich zugestimmt.

g) Abstimmung über **Positionsnummer 9** im Antrag (Anlage 4 der Niederschrift)

Abstimmungsergebnis: Bei 3 Stimmenthaltungen (2 NPD, 1 REP) einstimmig zugestimmt.

h) Abstimmung über **Positionsnummer 10** im Antrag (Anlage 4 der Niederschrift)

Abstimmungsergebnis: 43 Ja-Stimmen (27 SPD, 8 FWG, 5 B90/Die Grünen 3 FDP)
27 Nein-Stimmen (27 CDU)
4 Stimmenthaltungen (2 NPD, 1 REP, 1 FU)

Damit ist der **Positionsnummer 10** mehrheitlich zugestimmt.

i) Beschlussfassung über das **Haushaltssicherungskonzept** des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr - Fortschreibung 2010, unter Einschluss der vom Kreistag beschlossenen Änderungen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (27 SPD, 8 FWG, 5 B90/Die Grünen)
31 Nein-Stimmen (27 CDU, 2 NPD, 1 REP, 1 FU)
3 Stimmenthaltungen (FDP)

Damit ist dem **Haushaltssicherungskonzept** mehrheitlich zugestimmt.

Zu TOP 6

Interkommunale Zusammenarbeit im ÖPNV;
Neuorganisation im Lahn-Dill-Kreis in Kooperation mit dem Landkreis Limburg-Weilburg
Drucksache 309/2009

Landrat Schuster (SPD) macht deutlich, dass es heute lediglich um die Einbringung dieser Vorlage geht. Der Kreistag soll frühzeitig über eine mögliche interkommunale Zusammenarbeit mit dem Landkreis Limburg-Weilburg informiert werden. Ab Januar kommenden Jahres wird es bei den Städten und Gemeinden Diskussionsbedarf geben, daher heute die Einbringung. Im nächsten Jahr wird man sich in aller Ausführlichkeit mit dem Thema auseinandersetzen. Ergänzend führt er aus, dass in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses im Januar der ehemalige Staatssekretär, Herr Güttler anwesend sein wird.

Vorsitzende Müller stellt fest, dass die Vorlage mit dem Vertrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Gesundheit, Umwelt und Wirtschaft und den Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss verwiesen wird.

Gegen diese Feststellung erheben sich keine Einwände.

Zu TOP 7

Abschaffung der Jagdsteuer;
Antrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2009
Drucksache 228/2009

Diese Vorlage wurde vertagt.

Zu TOP 8

"Masterplan Bildung 2010 - 2020",
Antrag der CDU-Fraktion vom 07.08.2009
Drucksache 197/2009

Diese Vorlage wurde vertagt.

Zu TOP 9

SGB II - Optionskommune;
gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, FWG und B90/Die Grünen vom 22.11.2009
Drucksache 314/2009

Anmerkung: die Sitzungsleitung wird von stellvertretender Kreistagsvorsitzenden Hensgen übernommen.

Fraktionsvorsitzender Schreiber (B90/Die Grünen) verweist auf einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2007, nach dem die Arbeitsgemeinschaften für verfassungswidrig erklärt wurden. Für eine gemeinsame Fortführung unter einem Dach wäre eine Verfassungsänderung notwendig. Die Koalition aus CDU, CSU und FDP im Bund hat sich für einen anderen Weg entschieden, nämlich die getrennte Trägerschaft. Das bedeutet, dass ab dem 1.1.2011 dies durchzuführen ist. Nichts desto trotz bedarf es Signale aus den Landkreisen, wobei nicht ausgeschlossen ist, dass die Zahl der Optionskommunen erweitert wird. 169 von 240 Landkreisen plädieren dafür, die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen selbst in die Hand zu nehmen. In der Kreistagssitzung am 19. August 2008 hat sich eine große Mehrheit für die Übernahme der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II in kommunaler Verantwortung unter der Voraussetzung einer gesicherten Finanzierung ausgesprochen. Dies geschah, weil die Sicht der Betroffenen eingenommen und verstanden wurde und weil die Gebietskörperschaften besonders für diese Aufgabe prädestiniert sind. Warum das so ist, erläutert er näher. Seitens der neuen Bundesregierung ist unter Umständen mit einer Erweiterung der begrenzten Anzahl von Optionskommunen zu rechnen. In diesem Fall sollte der Lahn-Dill-Kreis die Chance nutzen, die kommunale Trägerschaft für die Grundsicherung für Arbeitssuchende fortzuführen.

Abgeordneter Ratz (SPD) schildert kurz den Sachstand der Angelegenheit. Am 18.12.2009 wird die Bundesregierung ein Eckpunktepapier zum Bundesverfassungsgerichtsurteil vorlegen. Was darin enthalten ist, wird heute Abend entschieden, da tagt die ASMK in Berlin. Dort wird es zu einem Kompromiss kommen. Die Bundesregierung will die getrennte Aufgabenwahrnehmung und die Ländervertretungen halten an dem Modell einer gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung in Form der ARGEn fest. Beide Seiten müssen einen Kompromiss finden. Die Ausweitung der Kommunen ist nach seinem Anschein vom Tisch. Er selbst wird gegen den Antrag stimmen, weil er kein Anhänger der Optionskommunen ist.

Abgeordnete Elisabeth Müller (CDU) bestätigt die Ausführungen von Herrn Ratz. Die Entwicklung der Angelegenheit konnte sie durch die Rundschreiben des Hessischen Landkreistages verfolgen. Dieser hat mehrfach betont, dass man den Deutschen Landkreistag zur Sache nicht gehört hat. Seit 2004 haben sich 69 Optionskommunen herausgebildet. Der Lahn-Dill-Kreis hat sich damals für die ARGE entschieden. Unbefriedigend ist, dass derzeit alles in

der Schweben ist und man das System auf dem Verwaltungsstand vor 2005 zurückführen will. Dies ist ein Unsinn, der in der Bevölkerung nicht begründet werden kann. Eine getrennte Aufgabenwahrnehmung macht für sie keinen Sinn, gerade in Zeiten, in denen man versucht, durch Zusammenlegungen zu sparen. Auf weitere Probleme, die ein solches Modell mit sich bringen würde, macht sie aufmerksam. Sie prophezeit ein Chaos. Im Grunde genommen wird die eigenverantwortliche Aufgabenwahrnehmung nicht möglich sein, wenn nicht wirklich eine Grundgesetzänderung kommt. Man hofft, dass es in Berlin zu einem Austausch der Argumente kommt, mit vernünftigem Ergebnis. Ihre Fraktion könnte sich vorstellen, dass der Kreis in Zukunft als Optionskommune arbeitet und wird daher dem Antrag zustimmen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor, so dass **stellvertretende Vorsitzende Hensgen** über die Drucksache 314/2009, die folgenden Wortlaut hat, abstimmen lässt:

Der Kreistag bestätigt seinen Beschluss vom 29.08.2008 und beauftragt den Kreisausschuss, den Lahn-Dill-Kreis vorsorglich beim HMAFG zur Zulassung als kommunaler Träger (sog. Optionskommune) anzumelden. Die Finanzierungsmodalitäten der SGB-Aufgaben sind in gleicher Weise sicherzustellen, wie bisher bei den zugelassenen kommunalen Trägern.

Abstimmungsergebnis: 67 Ja-Stimmen (20 SPD, 27 CDU, 8 FWG, 3 FDP,
5 B90/Die Grünen, 2 NPD, 1 REP, 1 FU)
1 Nein-Stimme (SPD)
5 Stimmenthaltungen (SPD)

Damit ist der Drucksache 3 der 14/2009 mehrheitlich zugestimmt.

Stellvertretende Vorsitzende Hensgen schließt die Sitzung des Kreistages und wünscht allen eine besinnliche Weihnachtszeit, ein gutes neues Jahr und dass man sich im Februar gesund wieder sieht.



Elisabeth Müller
Kreistagsvorsitzende



Norbert Grygar
Schriftführer

Sperrfrist: 14. Dezember 2009, 09:00 Uhr

Datum:
11. Dezember 2009
Unser Zeichen:
11 wa-stu

Mitteilungen zur Kreistagssitzung am 14. Dezember 2009

- es gilt das gesprochene Wort -

INHALT

Landrat Schuster informiert:	- 25 -
1 Gute medizinische Versorgung der Bevölkerung absichern - Zielvereinbarung mit den Lahn-Dill-Kliniken GmbH.....	- 25 -
2 Geschäftsführerverträge verlängert	- 25 -
3 Verlustausgleich AWLD	- 25 -
Erster Kreisbeigeordneter Hofmann informiert:	- 26 -
4 Impfkation gegen „Schweinegrippe“ durch die Abteilung Gesundheit	- 26 -
Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegrich informiert:	- 26 -
5 Sanierungsbedarf für alle Schulen des Lahn-Dill-Kreises.....	- 26 -
6 Energetische Modernisierung der Schulen im Lahn-Dill-Kreis	- 26 -
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Kaufmann-Ohl informiert:	- 27 -
7 Kennzahlenvergleich der hessischen Landkreise im Aufgabenbereich des SGB VII.....	- 27 -
8 Resolution zum Thema Bleiberecht.....	- 27 -

Landrat Schuster informiert:

1 Gute medizinische Versorgung der Bevölkerung absichern - Zielvereinbarung mit den Lahn-Dill-Kliniken GmbH

Der Kreisausschuss ist aufgrund der kommunalrechtlichen Regelungen für die Steuerung der Beteiligung verantwortlich. Damit hat er auch auf der Grundlage des vom Lahn-Dill-Kreis festgelegten Unternehmenszwecks die strategische Ausrichtung zu begleiten. Im Bereich der Lahn-Dill-Kliniken GmbH wird dies über regelmäßig abzuschließende Zielvereinbarungen dokumentiert und nachgehalten.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 02.12.2009 eine Zielvereinbarung beschlossen, in deren Mittelpunkt die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der guten medizinischen Versorgung der Einwohnerinnen und Einwohner des Lahn-Dill-Kreises steht. Mit der Zielvereinbarung, die am heutigen Tage unterzeichnet wird, bekennt sich der Landkreis zu der kommunalen Trägerschaft der Kliniken und schließt eine Privatisierung aus. Auch wird keine Gewinnerwirtschaftung durch den Träger angestrebt. Es wird vielmehr das Ziel verfolgt, dass die Kliniken eigenständig wirtschaften und arbeiten können, ohne dass es finanzieller Zuschüsse und Beihilfen des Kreises bedarf.

Im Übrigen wird festgelegt, dass der Lahn-Dill-Kreis sein gutes und konkurrenzfähiges medizinisches Angebot mit Standorten in Wetzlar, Braunfels und Dillenburg aufrechterhalten will. Bestimmte Angebote und Handlungsfelder der Kliniken sollen durch verstärkte Kooperation ausgeweitet werden. Dies gilt insbesondere für die bereits vorhandene gute Vernetzung der Kliniken mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten.

2 Geschäftsführerverträge verlängert

Neben der Zielvereinbarung, die dem Lahn-Dill-Kreis und seinen Kliniken einen stabilen Handlungsrahmen bietet, gewährleisten wir auch Kontinuität und Stabilität in der Führung des Hauses. Zeitgleich mit der Unterzeichnung der Zielvereinbarung werden die Verträge mit Richard Kreuzer, Geschäftsführer der Lahn-Dill-Kliniken, und Dr. Norbert Könecke, Medizinischer Direktor der Lahn-Dill-Kliniken, verlängert.

3 Verlustausgleich AWLD

Wie aus den bisher behandelten Jahresabschlüssen des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Lahn-Dill (AWLD) bekannt ist, besteht noch ein Verlustvortrag in Höhe von 1.056.566 € (per 31.12.2008). Aufgrund der Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes (§ 11 Abs. 6 EigB) muss dieser Verlustvortrag, der aus den Jahren 2000 bis 2002 herrührt und seinerzeit in allen Gremien behandelt wurde, innerhalb von fünf Jahren durch den Landkreis ausgeglichen werden.

Der Lahn-Dill-Kreis hat eine gesetzlich mögliche Befreiung von dieser Bestimmung durch das Regierungspräsidium beantragt, da er die wirtschaftliche Situation des Eigenbetriebes als stabil erachtet und dieser im Stande ist, mittelfristig den Ausgleich des Altverlustes zu gewährleisten. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Nun muss der Landkreis durch Ausweitung seiner Kassenkredite dem Eigenbetrieb, der über eine ausreichende Liquidität verfügt, zusätzliche liquide Mittel zur Verfügung stellen. Die notwendige bilanzrechtliche Bereinigung (Rückstellung im Jahresabschluss 2008 mit Umwandlung in eine

Verbindlichkeit 2009) wird daher im Jahresabschluss 2008 beim Lahn-Dill-Kreis erfolgen und dort nochmals erläutert.

Erster Kreisbeigeordneter Hofmann informiert:

4 Impfkaktion gegen „Schweinegrippe“ durch die Abteilung Gesundheit

Die Abteilung Gesundheit impfte seit Ende Oktober über ein dazu in den vorangegangenen Monaten aufgebautes Impfsystem ca. 2.000 Personen, die in Krankenhäusern, Arztpraxen, Pflegediensten, Apotheken, im Rettungsdienst sowie bei den Feuerwehren und im Katastrophenschutz tätig sind, gegen die Neue Influenza A(H1N1) ("Schweinegrippe"). Das Impfsystem wurde mit Betriebsärzten, derzeit nicht ärztlich tätigen externen Ärzten, medizinischem Hilfspersonal und Mitarbeitern der Kreisverwaltung personell besetzt. Unterstützt wurde die Abteilung Gesundheit beim Aufbau des Impfsystems insbesondere von den Abteilungen 22 (Brandschutz, Rettungsdienst, Katastrophenschutz) und 11 (Personal, Organisation, Technik) sowie den Lahn-Dill-Kliniken GmbH. Die Impfungen fanden schwerpunktmäßig an den Wochenenden 07./08.11. und 14./15.11.2009 in den Feuerwehrhäusern Aßlar und Herborn statt.

An den vier Wochenendtagen wurde jeweils von 07:00 bis 23:00 Uhr im Zwei-Schicht-Betrieb geimpft. Organisatorisch ging die Impfkaktion reibungslos vonstatten. Gravierendere gesundheitliche Komplikationen in zeitlichem Zusammenhang mit der Impfung, die jeweils eine stationäre Krankenhausbehandlung erforderlich machten, traten bei zwei Personen auf. Beide Impfungen wurden als Verdachtsfall einer Impfkompikation dem für die entsprechende Bewertung zuständigen Paul-Ehrlich-Institut gemeldet. Den Impfungen geht es mittlerweile wieder gut.

Aufgrund des hohen Informationsbedarfes der Bevölkerung zum Thema Schweinegrippe und Schweinegrippe-Impfungen gingen verstärkt seit der 45. Kalenderwoche einige Wochen lang bis zu täglich 500 überwiegend telefonische Anfragen bei der Abteilung Gesundheit ein, die zeitweise zu Einschränkungen der Erreichbarkeit führten.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegrich informiert:

5 Sanierungsbedarf für alle Schulen des Lahn-Dill-Kreises

Nach der Vereinbarung im Kreistag, den Antrag der CDU-Fraktion zu einem „Masterplan Bildung“ im Geschäftsgang zu belassen und eine interfraktionelle Verständigung anzustreben, war die Bauabteilung bestrebt, die Untersuchungen aller Schulen auf gravierende bauliche Mängel zu beschleunigen.

Im Ausschuss für Bauen und Gebäudemanagement am 8. Dezember 2009 wurde eine vorläufige Übersicht vorgelegt, die den voraussichtlichen Sanierungsbedarf für alle Schulgebäude des Lahn-Dill-Kreises beziffert. Bei Berücksichtigung der gesetzlich vorgegebenen Sicherheitsvorschriften und darüber hinaus der Realisierung eines zeitgemäßen Baustandards würde nach vorläufiger Schätzung die Summe von 417 Mio. € benötigt. Es wurde im Ausschuss verabredet, in einer weiteren Sitzung mit den Fachplanern die Einzelheiten der Schadensfeststellungen zu besprechen.

6 Energetische Modernisierung der Schulen im Lahn-Dill-Kreis

Die Einstellung eines Energiemanagers für den Lahn-Dill-Kreis trägt Früchte. Die konsequente Ausrichtung aller Schulneubauten und -sanierungen auf Energieeinsparung und ökologische Standards hat jetzt dazu geführt, dass für fünf Schulneubau- bzw. Sanierungsmaßnahmen aus dem Investitionspakt zur Förderung der energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen Zuwendungen in der Gesamthöhe von 2.075.000 Mio. € bewilligt wurden. Die Aufwendungen des Kreises werden sich damit um die entsprechende Summe reduzieren – ich denke, ein gelungener Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Es handelt sich um folgende Schulen:

Chattenbergschule, Ehringshausen-Katzenfurt	626.000 €
Ambachtalschule, Herborn-Burg	704.000 €
Pestalozzischule, Herborn-Schönbach	250.000 €
Grundschule Hochelheim, Hüttenberg	150.000 €
Lotte-Eckert-Schule, Waldsolms-Brandoberndorf	345.000 €

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Kaufmann-Ohl informiert:

7 Kennzahlenvergleich der hessischen Landkreise im Aufgabenbereich des SGB VII

Nach den vorliegenden Eckdaten zur Entwicklung der Finanzen im Sozialbereich der hessischen Landkreise für die Jahre 2002 – 2007 (HLT-RS 806/2008 v. 11.12.08) befinden sich die Kosten und Fallzahlen der im Aufgabenbereich des SGB XII stehenden kommunalen Leistungen in einer Aufwärtsentwicklung. Ursachen der Ausgabensteigerungen und Handlungsansätze zur Steuerung des komplexen Aufgabenbereiches machen es notwendig, ein vergleichbares System von Basis- und Kennzahlen hinsichtlich bestimmter Daten und Ergebnisse im SGB XII zu entwickeln.

Der Arbeitskreis „Finanzen/Statistik“ der Arbeitsgemeinschaft der Sozialamtsleiterinnen und Sozialamtsleiter hat sich in mehreren Sitzungen mit der Firma con_sens und zuletzt die AG in einer Sondersitzung am 09.10.09 mit dem angestrebten Kennzahlenvergleich befasst. Er orientiert sich an gesetzlichen Zielvorgaben und ist dazu geeignet, die Erreichung der in den Landkreisen vereinbarten Ziele aus dem betrachteten Leistungsspektrum messen zu können. Er dient dem Erklären regionaler Unterschiede und eröffnet die Möglichkeit, vom „Besseren“ zu lernen und eigene Strukturen und Prozesse kritisch zu hinterfragen und Verbesserungspotenziale zu erkennen.

Der Sozialausschuss des HLT hat in seiner Sitzung am 05.11.09 dem Abschluss eines Rahmenvertrages zur Durchführung des Kennzahlenvergleichs der hessischen Landkreise im Aufgabenbereich der kommunalen Leistungsträger nach dem SGB XII zugestimmt und die Geschäftsstelle beauftragt, nach Beitritt der Landkreise den Rahmenvertrag zu unterzeichnen. Der Lahn-Dill-Kreis ist dem Rahmenvertrag mit Erklärung vom 12.11.09 beigetreten.

8 Resolution zum Thema Bleiberecht

Der Integrationsbeirat des Lahn-Dill-Kreises hat sich mit der sog. Bleiberechtsregelung für Ausländer beschäftigt. Sie gilt für die Ausländer, die am Stichtag 01.07.2007 mindestens sechs Jahre als Familie mit minderjährigen Kindern oder sonst mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben. Heute sind diese Personen also schon mehr als acht bzw. mehr als zehn Jahre in Deutschland wohnhaft.

In seiner Sitzung am 15.09.2009 hat der Integrationsbeirat einstimmig bei mehreren Enthaltungen beschlossen, sich mit folgender Resolution an den Kreistag des Lahn-Dill-Kreises zu wenden.

„Der 31.12.2009 markiert für viele Flüchtlinge, die nach der – Ende 2006 von der Innenministerkonferenz verabschiedeten – Bleiberechtsregelung vorläufig eine Aufenthaltserlaubnis mit dem Recht der Arbeitsaufnahme erhalten hatten, eine Zäsur. Die gesetzliche Regelung sieht vor, dass die Betroffenen bis zu diesem Zeitpunkt i. d. R. ihr Leben überwiegend ohne staatliche Transferleistungen bestreiten können. Insbesondere die aktuelle Wirtschaftskrise, die gerade in der verarbeitenden Industrie im heimischen Raum zu einem dramatischen Produktionsrückgang führte, verhindert die vor allen Dingen geforderte Arbeitsaufnahme der Betroffenen. Der Kreistag möge von daher beschließen, sich sowohl für eine Fristverlängerung über den 31.12.2009 hinaus als auch eine sich anschließende Gesetzesänderung im Hessischen Landtag einzusetzen. Die Ausländerbehörde wird gebeten ihren Ermessensspielraum im Sinne der oftmals gut integrierten Flüchtlinge zu nutzen.“

Nach der Beratung und der Beschlussfassung des Integrationsbeirates des Lahn-Dill-Kreises hat die Innenministerkonferenz der Länder und des Bundes am 04.12.2009 sich auf eine Zwischenlösung im Bleiberecht geeinigt. Die seit 2007 geltende sog. Altfallregelung, nach der derzeit etwa 30.000 Ausländer mit einer bis zum 31.12.2009 befristeten Aufenthaltserlaubnis in Deutschland leben, ist um weitere zwei Jahre bis Ende 2011 verlängert worden. Ohne diesen Beschluss wären diese Ausländer – bei fehlendem Arbeitsnachweis – in den Status der Duldung zurückgefallen und ihnen hätte damit möglicherweise die Abschiebung gedroht.

